

TOP 1 - Anlage 3

	<u>Stärkungspakt</u>	<u>10-Jahres-HSK</u>
Rechtsgrundlage	Stärkungspaktgesetz	§ 76 II Gemeindeordnung
Anforderung	<ul style="list-style-type: none"> - Eigenkapitalverzehr bis 2016 (Basis: Haushaltsdaten 2010/ für GM darstellbar - Wahlrecht) - Teilnahmeberechtigung an 2. Stufe (freiwillige Teilnahme) - Struktureller Haushaltsausgleich spätestens 2018 unter Einrechnung Landeshilfe - Struktureller Haushaltsausgleich ohne Landeshilfe bis spät. 2021 darzustellen - Vorlage Jahresrechnungen 2010 + 2011 	Darstellung struktureller HH-Ausgleich spätestens 2022 (unter Berücksichtigung Orientierungsdaten und äußerst günstig wirkender Berechnungsgrundlagen Land)
Hilfestellung	Landesmittel und Beratung GPA	Keine
Zeitschiene	Entscheidung bis 31.03.2012; Vorlage Sanierungskonzept 30.09.2012	Pflicht zur Erstellung zeitnah, spätestens in 2012
Zuständigkeit	Bezirksregierung	Kommunalaufsicht OBK (grundsätzlich)
Vorteile	<ul style="list-style-type: none"> - Landeshilfe 2012: 65 Mio, 2013: 115 Mio, ab 2014: 310 Mio - Rechenformel der Einzelbeträge inzwischen über NWStGB in Abstimmung mit IM konkretisiert (15.02.2012): GM bis zu 23 Mio €! 	<ul style="list-style-type: none"> - Haushaltsausgleich in 10 Jahren deutlich erleichtert darstellbar nach IM-Vorgaben - auf kurze Sicht genehmigungsfähiges HSK erreichbar - in Anfangsjahren weniger harte Einschnitte/ keine Steuererhöhungen (?)
Nachteile	<ul style="list-style-type: none"> - zu geringe Dotation im Verhältnis zu kommunalen Defiziten - Begrenzung teilnahmeberechtigter Kommunen vorgesehen/Kriterien und Teilnahmemöglichkeit Gummersbach unklar - Sanierungsplan erfordert wegen kürzerer Laufzeit schnellere Einschnitte/ Steuererhöhungen 	<ul style="list-style-type: none"> - Sehr optimistische Hochrechnung nach IM-Vorgaben - Angleichung HSK an Sanierungsplan zu erwarten (?)
<ul style="list-style-type: none"> - Konsolidierung erfordert kommunalen Leistungsabbau und erhebliche Mehrbelastungen Bürger+Wirtschaft - Fremdverschuldete Haushaltsprobleme werden einseitig zu Lasten der Kommunen gelöst - Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in NRW in Frage gestellt! 		